

Kaske: „An einer Arbeitszeitverkürzung führt kein Weg vorbei“

2016-11-24 11:29

Bei der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer erläuterte AK Präsident Rudi Kaske seinen Plan zur Senkung der Arbeitslosigkeit

Arbeitsmarkt und Soziales, das sind die Schwerpunkte der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer heute, Donnerstag, in Linz. AK Präsident Rudi Kaske mahnte in seiner Rede: „Wer die eine Arbeitnehmergruppe gegen die andere aufstachelt und versucht auszuspielen, wer statt der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen bekämpft und statt der Armut die Armen, der führt nichts Gutes im Schilde.“ Damit der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land weiter erhalten bleibt, macht sich die AK für den Sozialstaat stark und hat einen Offensivplan erarbeitet, wie man die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2020 um 100.000 Betroffene reduzieren kann.

Der Kaske-Plan baut auf drei Säulen auf: auf öffentliche Investitionen, einer fairen Verteilung der Arbeit und einem Ausbau der Aus- und Weiterbildung. „Wir wissen, dass zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, aber auch angesichts der fortschreitenden Digitalisierung kein Weg an einer Arbeitszeitverkürzung vorbeiführt“, erklärte Kaske. Daher müsse und werde die AK auf eine Verkürzung der Arbeitszeit drängen. „Wir haben dazu die verschiedensten Varianten vorgelegt, es gibt umsetzungsreife Konzepte“, betonte Kaske.

Bei der Arbeit der Bundesregierung sieht die AK durchaus Schritte in die richtige Richtung, etwa, dass das AMS-Personal um 400 Vollzeitstellen aufgestockt wird, dass es mehr Mittel für Personal in den Bereichen Migration, Integration, Sicherheit und Bildung gibt sowie dass nun mehr öffentliche Investitionen geplant sind. „Das alles ist keine Selbstverständlichkeit – ich stehe nicht an, diese Fortschritte zu loben“, so Kaske in seiner Rede. „Aber ausreichend sind diese Maßnahmen nicht.“

Gefordert werden etwa eine Finanzierung der Schulen nach dem Chancen-Index und die Neuschaffung eines Qualifizierungsgeldes. Zudem brauche es auch eine Antwort für jene, die trotz aller Anstrengungen am sogenannten ersten Arbeitsmarkt keinen Arbeitsplatz finden. „Die Menschen haben ein Recht auf Arbeit und ein Recht darauf, tatkräftig unterstützt zu werden“, so Kaske. Er hält es für notwendig, eine Beschäftigungsgarantie für bestimmte Gruppen unter Arbeitsuchenden einzuführen, etwa für Menschen über 50 Jahren.

Auch auf die Situation geflüchteter Menschen kam Kaske zu sprechen. „Ich halte nichts von Panikmache, ebenso wenig von Schönfärben. Wer Asylverfahren möglichst in die Länge zieht, wer Jugendliche zu monate-, ja jahrelangem Nichtstun zwingt, erweist uns allen einen schlechten Dienst“, so der AK Präsident. Das Zuwarten und Nichthandeln kommt seiner Ansicht nach teurer als es die Kosten für eine effiziente Integration wären.

